



DEUTSCHER
FRAUENRAT

Pressemitteilung

Berlin, 24. Januar 2018



GroKo muss gleichstellungspolitischen Reformstau auflösen

Nachdem die SPD den Weg für Koalitionsverhandlungen freigemacht hat, erwartet der Deutsche Frauenrat von allen Verhandlungsparteien deutlich mehr Engagement in Sachen Gleichstellungspolitik.

„Was im Sondierungspapier steht, kann unmöglich alles gewesen sein. Der gleichstellungspolitische Reformstau in Deutschland ist groß. Die neue GroKo muss ihn endlich auflösen. Denn wir können ihn uns schon aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht länger leisten“, so Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats.

Folgende Themen müssen aus Sicht der Frauenlobby nachgebessert und Eingang in den Koalitionsvertrag finden:

Gleichstellung

Für eine effektive und abgestimmte bundesweite Gleichstellungspolitik ist eine nationale Service- und Monitoringstelle unverzichtbar.

Schutz vor und Bekämpfung von Gewalt

Mit dem Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern werden wichtige Weichen gestellt. Damit es wirksam werden kann, muss ein definierter Finanzrahmen zur Verfügung gestellt werden. Rechtliche Rahmenbedingungen sind notwendig, damit von Gewalt betroffene Frauen einen niedrigschwelligen Zugang zu Schutz und Hilfe erhalten. Daher ist der Runde Tisch für den gesicherten Zugang zu Schutz und Beratung von Frauen und für die finanzielle Absicherung der Hilfesysteme besonders zu begrüßen. Die Hilfesysteme müssen endlich personell besser ausgestattet werden.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Gesellschaft frei von Sexismus und Gewalt gegen Frauen.

Die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention und die Einrichtung einer Koordinierungs- und unabhängigen Monitoringstelle sind unverzichtbar.

Die anonymisierte Beweissicherung nach Gewalt- und Missbrauchsfällen für ganz Deutschland ist zu begrüßen. Damit dies gelingt, ist ein standardisiertes Vorgehen für die Spurensicherung und die Untersuchungen erforderlich.



Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, vorlegt. Damit können Fortschritte dokumentiert, Defizite offengelegt und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Familiennachzug für subsidiär Geschützte

Das Ergebnis aus den Sondierungsverhandlungen, d.h. eine Beschränkung auf 1.000 Menschen pro Monat, schiebt das Problem hinaus. Noch längere Wartezeiten stellen eine erhebliche Belastung für alle Betroffenen dar. Da die Familie ein entscheidender Faktor für die Integration ist, muss der Nachzug unverzüglich wieder erlaubt und das Bearbeitungsverfahren beschleunigt werden.

Zuwanderungsgesetz

Die Schaffung eines „modernen, in sich konsistenten Migrationsrechts“ ist zu begrüßen. Dabei muss auch das Kriterium der Geschlechtergerechtigkeit bei der Migration zugrunde gelegt werden.

Digitales Deutsches Frauenarchiv

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der deutschen Frauenbewegung muss fortgeführt werden. Deshalb benötigt das Digitale Deutsche Frauenarchiv ab 2020 eine institutionalisierte Förderung.

Der Deutsche Frauenrat ist Mitglied im Bündnis der Berliner Erklärung 2017.

